

# Newsletter

von Frank Junge, Mitglied des Deutschen Bundestages



20.11.2015



Liebe Genossinnen und Genossen,

das grauenvolle Attentat des IS in Paris hat uns alle erschüttert. Mein tiefes Mitgefühl und meine Anteilnahme gelten den Opfern und ihren Angehörigen. Ich begreife diesen Anschlag nicht nur als Angriff auf das französische Volk. Für mich ist er ein Angriff auf die Menschlichkeit und auf uns alle. In der gegenwärtigen Lage müssen wir uns mehr denn je vor diejenigen stellen, die vor Krieg und genau diesem barbarischen Terror fliehen, den der IS verbreitet. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Menschen, die aus diesen Gründen Schutz bei uns suchen, sich nun noch größerer Hetze von denen ausgesetzt sehen, die Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit schüren.

Genauso wenig darf es in der aktuellen Situation jetzt dazu kommen, dass die Union den ausgehandelten guten Kompromiss in der Flüchtlingspolitik von vor zwei Wochen verlässt. Die dort vereinbarten Maßnahmen schaffen zusammen mit den Regelungen aus dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz mehr Ordnung bei der Aufnahme von Flüchtlingen, beschleunigen die Asylverfahren, entlasten die Länder und Kommunen finanziell erheblich und ermöglichen eine schnellere Rückführung von Menschen, die kein Bleiberecht unter Asylgesichtspunkten haben.

Die SPD hat sichergestellt, dass Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, auch weiterhin ein menschliches und faires Verfahren erhalten. Haftähnliche Transitzone, wie von der Union gefordert, sind vom Tisch. Asylsuchende mit geringen Chancen auf Anerkennung werden künftig in besonderen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht, deren Asylverfahren sollen in rund drei Wochen abgeschlossen sein. Diese Regelung betrifft Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten, mit Wiedereinreisesperren oder solche, die keine Bereitschaft zeigen, ihre wahre Herkunft aufzudecken. Für diesen Personenkreis gilt auch eine verschärfte Residenzpflicht. Auch beim Thema Familien nachzug ist unsere Position glasklar: Natürlich müssen syrische Flüchtlinge, die in Deutschland Schutz nach den Genfer Flüchtlingskonventionen erhalten, auch ihre Familien, die in Syrien ebenfalls Verfolgung und Krieg ausgesetzt sind, nachholen dürfen. Das haben der Bundesinnenminister und die Innenminister der Länder im vergangenen November klar geregelt.

Sicherlich entspricht nicht alles unseren sozialdemokratischen Idealpositionen. Es liegt aber in der Natur der politischen Arbeit, sich auf Kompromisse verständigen zu müssen. Womit jetzt allerdings Schluss sein muss, ist, dass die Streitigkeiten innerhalb der Union bei diesem Thema und die dort stattfindenden Machtspiele das Regierungshandeln beeinflussen. Es muss außerdem Schluss damit sein, dass im Zuge dieser Situation jeden Tag andere politische Scheinlösungen aus der Tasche gezogen werden, die jedoch unrealistisch und nicht umsetzbar sind. All das trägt nicht dazu bei, Vertrauen in Regierungshandeln zu stärken, sondern spielt Rechtsextremisten und Rechtspopulisten in die Hände.

Herzliche Grüße,  
Euer Frank

## Inhalt

- **Sterbehilfe**
- **Mein Nein zur Vorratsdatenspeicherung**
- **60 Jahre Bundeswehr & Besuch aus dem Wahlkreis**
- **Mein Praktikum...**
- **Besuch der Flüchtlingsunterkunft Klütz**
- **Ehrenbürgerschaft für Rosemarie Wilcken**
- **Fragile Mitte - Studientvorstellung der FES in Lübtheen**
- **Sport für die gute Sache**
- **Kontakt & Termine**



Helmut Schmidt  
1918 - 2015

(Foto: picture alliance / dpa)

## STERBEHILFE

Der Deutsche Bundestag hat in der vorletzten Woche die mehr als zwei Jahre andauernde Debatte zum Thema Sterbehilfe abgeschlossen. Dabei wurde der Gesetzentwurf Brand/Griese zur zukünftigen Regelung der Sterbehilfe angenommen. Damit wurde u.a. beschlossen, dass die geschäftsmäßige und auf Wiederholung angelegte Sterbehilfe als Straftatbestand ins Strafgesetzbuch aufgenommen wird.

Ich habe mich im Rahmen der vorliegenden vier Entwürfe von Anfang an für den Antrag von Hintze/Lauterbach/Reimann eingesetzt. Mit diesem Gesetzentwurf sollte der geschäftsmäßige Umgang mit der Sterbehilfe ebenfalls verboten werden. Im Gegensatz zu Brand/Griese hätten Ärzte unter bestimmten Voraussetzungen zu-

künftig jedoch Sterbehilfe leisten können, ohne Gefahr zu laufen, sich damit strafbar zu machen. Leider konnte dieser Entwurf keine Mehrheit finden.

Ich befürchte, dass jetzt eine Kriminalisierung der Suizidhilfe stattfindet

und Ärzte der ernsthaften Gefahr staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen ausgesetzt sind, wenn sie todkranken Menschen in Ausnahmefällen Hilfestellung zum Suizid leisten.

Nun muss im Alltag genau beobachtet werden, wie sich die beschlossene Regelung auf die ärztlichen Praxis in Bezug auf die Sui-



Peter Hintze zum Entwurf, den auch ich unterstützt habe.

zidbeihilfe auswirken wird. Der Umgang zwischen Arzt und Patient sowie die Handhabung durch die Strafbehörden wird ab jetzt unter besonderer Beobachtung stehen müssen. Alle Informationen zur emotional geführte Debatte findet sich auf der Webseite des Bundestages: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

## MEIN NEIN ZUR VORRATSDATENSPEICHERUNG

Nach den schrecklichen Ereignissen von Paris flammt die Debatte zur Vorratsdatenspeicherung neu auf. Es steht die Frage im Raum, ob man mit einer erweiterten Vorratsdatenspeicherung eher auf derartige Anschlagpläne hätte aufmerksam werden können. Keine seriöse Studie konnte bisher belegen, dass sich schwere Straftaten durch Vorratsdatenspeicherung verhindern lassen. Und bereits heute sind bei begründeten Verdachtsmomenten

Ermittlungen und Überwachungen von Verdächtigen möglich. Darum stehe ich nach wie vor zu meinem Nein, mit dem ich im Oktober im Deutschen Bundestag zur Vorratsdatenspeicherung votiert habe. Obwohl der Gesetzentwurf, den wir beraten und abgestimmt haben, gegenüber dem letzten Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung von 2010 wesentliche Entschärfungen enthielt und in keiner Weise mit dem der letzten schwarzen Bundesregierung zu vergleichen ist, halte ich den daraus resultierenden Eingriff in die Privatsphäre der Menschen für nicht vertretbar. Eine anlasslose Speicherung von Verkehrsdaten – und sei es nur für zehn Wochen – habe ich daher abgelehnt. Diese Meinung vertrete ich nach wie vor.

Zudem ist die Tatsache, dass auch von Journalisten, Seelsorgern und Rechtsanwälten die Daten gespeichert werden, höchst problematisch. Dass nur bei „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ die Daten abgerufen werden können, diese „erhebliche Bedeutung“ aber nicht näher definiert wird, macht mir große Sorge. Im Gegenzug dazu würde mit der Einführung der Vorratsdatenspeicherung aber ein massiver Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Menschen in Kauf genommen werden müssen.

Das steht für mich alles in keinem Verhältnis zueinander. Darum habe ich dem Gesetzentwurf der Bundesregierung, der von der Mehrheit des Parlaments angenommen wurde, nicht zugestimmt.





## 60 JAHRE BUNDESWEHR & BESUCH AUS DEM WAHLKREIS



Die Bundeswehr ist 60 Jahre alt geworden! Am 12. November 1955 erhielten in Bonn die ersten 101 Freiwilligen ihre Ernennungs-urkunden. Bis zum Aussetzen der Wehrpflicht Ende 2010 haben etwa acht Millionen Männer und auch tausende Frauen den Wehrdienst geleistet. Zudem haben viele tausende Soldatinnen und Soldaten Dienst im Ausland getan. Ihnen allen gebührt unser Dank und unsere Anerkennung.

Die Bundeswehr ist eine so ge-

nannte „Parlamentsarmee“, da jedes Mandat vorher im Bundestag beschlossen werden muss. Das sichert nicht zuletzt den Rückhalt in der Gesellschaft. Sei es bei der Katastrophenhilfe oder Unglücksfällen im In- und Ausland oder militärischen Auslandseinsätzen.

Mit einem großen Zapfenstreich vor dem Reichstag – übrigens die höchste Form der militärischen Ehrung – wurde das runde Jubiläum gefeiert.



Besuch von Soldaten und MitarbeiterInnen verschiedener Standorte in Mecklenburg-Vorpommern in Berlin

### Neues aus Fraktion & Plenum

- Zum 01.01.2016 tritt das Pflegestärkungsgesetz II in Kraft. Durch Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs wird es zu dringend notwendigen Erleichterungen für die Pflegebedürftigen, ihre Angehörigen sowie die Pflegekräfte kommen. Zukünftig werden auch geistige und psychische Faktoren zuverlässiger erfasst. Insbesondere Menschen mit Demenz erhalten dann bessere Unterstützung. Außerdem soll die Personalbemessung in Pflegeeinrichtungen überarbeitet sowie die Absicherung der Pflegepersonen verbessert werden.
- Der Bundestag hat einen neuen NSU-Untersuchungsausschuss eingesetzt, um offene Fragen zu klären. Vorsitzender wird Clemens Binninger (CDU). SPD-Obmann ist Uli Grötsch.
- Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ erhält 10 Mio. Euro jährlich mehr für den Kampf gegen Rechts. Insgesamt steigt das jährliche Budget damit auf 50 Millionen Euro.

# Aus dem Wahlkreis

## MEIN PRAKTIKUM ... IM AWO-PFLEGEHEIM

In größeren Abständen absolviere ich bei Firmen und Einrichtungen in meinem Wahlkreis Praktikums-tage, um so die Arbeitssituationen der Menschen vor Ort besser kennen zu lernen. Ende Oktober habe ich deshalb im Seniorenzentrum „Haus am Wedenberg“ in Kröpelin Hemd und Krawatte gegen einen Kittel eingetauscht.

Das Pflegeheim in Kröpelin bietet 81 Bewohnern in sechs Wohngruppen Platz. In einer davon werden ausschließlich an Demenz erkrankte Bewohner umsorgt. Genau hier konnte ich meinen Praktikums-tag überwiegend verbringen. Dafür wurde ich Betreuungsassistentin Nicole Geisler zugeordnet, die mir Hinweise, Erläuterungen und Anleitungen gegeben hat. Bei Beachtung der geltenden Vorschriften hatte ich den Tag über unter anderem damit zu tun, die Essenausga-

be mit vorzubereiten und durchzuführen, Hilfestellung beim Essen zu geben, Küchendienst zu leisten und mich in die aktive Beschäftigung der Bewohner einzubringen.

Das Praktikum war für mich sehr aufschlussreich. Ich konnte sehen, was Pflegendes leisten und wie aufwändig und körperlich hart professionelle Pflege ist. Ich habe auch gesehen, wie liebe- und verständnisvoll sich die Angestellten um die Menschen kümmern. Dabei ist neben aller Professionalität vor allem Zeit die wichtigste Komponente für eine gute Betreuung. Deshalb darf nicht an der Personalbemessung gespart werden. Die regelt, wie viele Fachkräfte auf wie viele

Bewohner zum Einsatz kommen. Außerdem bin ich der Auffassung, dass für die Betreuung von an Demenz erkrankten Menschen nicht die gleiche Personalbemessung zu Grunde gelegt werden kann, wie für alle anderen Bewohner. Um dieser Gruppe die nötige Fürsorge zu geben, braucht es einen wesentlich höheren zeitlichen Aufwand. Das muss anerkannt und berücksichtigt werden!



Zusammen mit meiner „Chefin“ Nicole Geisler

## BESUCH DER FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT IN KLÜTZ

In Klütz gibt es seit rund sieben Wochen ein gutes Beispiel dafür, dass leerstehende Gebäude vor dem Hintergrund der aktuellen Zuwanderung eine wertvolle Resource sind. Rund 100 Flüchtlinge

leben seit einem Monat in einer ehemaligen Kindertagesstätte.

Ohne die 30 fleißigen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer der Gruppe „Klütz hilft“ sowie die

hauptamtlichen Malteser-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wäre diese logistische Meisterleistung allerdings nicht möglich.

Im Gespräch wurde mir auch verdeutlicht, wo noch Verbesserungsbedarf besteht. So sei die Kommunikation unter den Betreuerinnen und Betreuern häufig schwierig und noch ausbaufähig. In Klütz konnte ich hautnah erleben, wie die viel zitierte Willkommenskultur in Deutschland wirklich aussieht - nämlich solidarisch, tolerant und mit viel Herz! Das gilt natürlich nicht nur für Klütz.

Ich kann nur jeden, der Zeit und Lust auf Engagement hat, ermuntern, eine der vielen Initiativen im Land zu unterstützen.



Im Gespräch mit Mitarbeiter des Malteser Hilfsdienstes



# Aus dem Wahlkreis

## EHRENBÜRGERSCHAFT FÜR ROSEMARIE WILCKEN

Wismars ehemalige Bürgermeisterin Dr. Rosemarie Wilcken wurde in dieser Woche mit der Ehrenbürgerschaft der Hansestadt ausgezeichnet. Rosemarie, die am 16. Juni 1947 in Wismar geboren wurde, hat insgesamt 20 Jahre die Geschicke der Stadt gelenkt und sich weit über die Maßen für sie verdient gemacht. Dabei lag ihr besonders der Denkmalschutz am Herzen. Während ihrer Amtszeit als Bürgermeisterin wurde die Stadtsanierung weit voran getrieben, wurde Wismar der Titel „UNESCO-Welterbe“ verliehen, wurden mit der Ansiedlung der Holzindustrie neue Arbeitsplätze geschaffen. Ich bin froh darüber, dass ich als Pressesprecher der Stadt neun Jahre mit Rosemarie zusammenarbeiten konnte. Leicht und einfach war diese Zeit nicht. Aber mit ihrem Fleiß, ihrer Beharr-

lichkeit und mit ihrem selbstlosen Einsatz für die Geschicke der Bürgerinnen und Bürger ihrer Stadt war sie für mich immer Ansporn und Vorbild. Ich war sehr stolz darüber, dass ich auf der Festveranstaltung neben Weggefährten wie Prof. Dr. Gunter Pleuger (UN-

Botschafter a.D.) Bernd Saxe (Bürgermeister der Partnerstadt Lübeck), Prof. Jochen Dieckmann (Geschäftsführer des Deutschen Städtetages a.D.) und Birgit Hesse (Sozialministerin Mecklenburg-Vorpommern) einer von insgesamt 12 Laudatoren sein durfte.



Dr. Rosemarie Wilcken trägt sich in das Goldene Buch der Hansestadt Wismar ein

## FRAGILE MITTE - STUDIENVORSTELLUNG DER FES IN LÜBTHEEN

Wie stark sind rechtsextreme Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft vorhanden? Was kann Zivilgesellschaft tun? Welche Rolle spielen Pegida und MVgida? Das alles sind Fragen, mit denen sich

eine Diskussionsveranstaltung am vergangenen Montag in Lübben beschäftigt. Zusammen mit Bürgermeisterin Ute Lindenau, Markus Welz vom Kreisjugendring Ludwigslust-Parchim sowie Ralf Mel-

zer (FES Berlin) konnte ich die Ergebnisse der Mitte-Studie der FES diskutieren. Diese hat gezeigt, dass rechte Einstellungen innerhalb der Bevölkerung auf dem Rückzug sind.



Über 50 Besucherinnen und Besucher kamen zu der Veranstaltung

Wir alle waren uns einig, dass politische Bildung wichtig ist, um rechten Einstellungen der Bevölkerung entgegen zu treten. Ebenso kann gesellschaftliches Engagement seinen Teil dazu beitragen. Gerade in Zeiten wachsender Flüchtlingszahlen darf man den Rechten keine Möglichkeit geben, Ängste zu schüren.

Wer an der Studie der FES interessiert ist, kann sich gerne an mein Büro wenden:  
frank.junge@bundestag.de

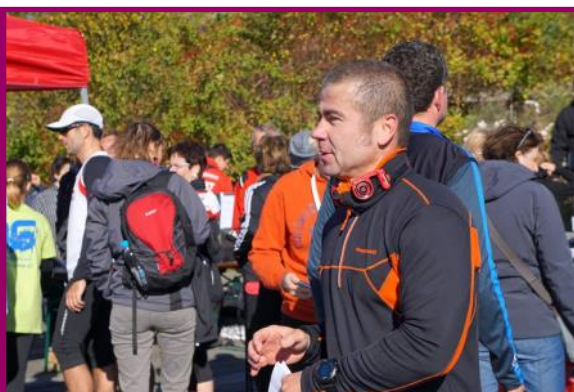
# Wahlkreis / Termine

## SPORT FÜR DIE GUTE SACHE

Sport war schon immer ein wichtiger Teil meines Lebens. Darum freue ich mich umso mehr, wenn ich damit auch etwas Gutes tun kann. So nahm ich im Oktober an zwei Sportveranstaltungen teil, bei denen es nicht nur um die Lust am Laufen, sondern vor allem um das Sammeln von Spenden für den gemeinnützigen Zweck ging.

Beim 9. Gesundheitslauf vom Kreissportbund Nordwestmecklenburg und der TSG Wismar wurden in Wismar z.B. Spenden für die Arbeit der Wismarer Tafel gesammelt.

In Gadebusch ging es um die Flüchtlingshilfe. Beim 1. Spendenlauf der TSG Gadebusch konnten 655 Euro für 163 absolvierte Runden gesammelt werden. Das pro Runde erlaufene Geld soll verschiedenen Einrichtungen vor Ort zu gute kommen. Sehr gern habe ich meinen Beitrag dazu geleistet, einen ordentlichen Erlös für diese tollen Aktionen zu erhalten! Mit mir hat auch unser Mitglied im Landtag, Martina Tegmeier, Geld für die Aktion gegeben.



## AUSGEWÄHLTE TERMINE

22.11.: Fraktion-vor-Ort „25 Jahre Mauerfall“, 14 - 17 Uhr, Hoghehus, Koberg 2, Lübeck

23.11.: Fachgespräch der AG Tourismus zum Thema „Integrationsleistung der Wirtschaft am Beispiel des Hotel- und Gaststättengewerbes, 14:30 Uhr, Deutscher Bundestag

26.11.: Besuch Kreisfeuerwehrverband Nordwestmecklenburg-Wismar, 13:00 Uhr, Deutscher Bundestag

28.11.: Jugendforum 2015 des Landkreises Ludwigslust-Parchim, 14 - 17 Uhr, Putlitzer Str. 25, Parchim

### Bundestagsbüro Berlin:

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel: 030 - 227 73920  
Fax: 030 - 227 76921

frank.junge@bundestag.de

### Bürgerbüro Wismar:

Mecklenburger Str. 24  
23966 Wismar

Tel: 03841 - 25 78 535  
Fax: 03841 - 25 78 539

Ricarda Gundlack:  
gundlack@frank-junge.de

### Bürgerbüro Bad Doberan:

Dammchausee 3  
18209 Bad Doberan

Tel: 038203 - 73 12 91  
Fax: 038203 - 73 12 92

Birgit Ott:  
frank.junge@bundestag.de

### Bürgerbüros in Parchim und Schwerin:

Lange Straße 40  
19370 Parchim

Tel: 03871 - 62 92 030  
Fax: 03871 - 62 96 459

Bischofstraße 2  
19055 Schwerin

Tel: 0385 - 77 88 88 36  
Fax: 0385 - 77 88 88 38

Jana Haak:  
haak@frank-junge.de

V.i.S.d.P.: Frank Junge, MdB  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
www.frank-junge.de